



Deutsche Währungsunion - Die Risiken sind beherrschbar

Die Bundesregierung hat keine andere Wahl. Angesichts des Exodus von DDR-Bürgern und des damit auf beide deutschen Staaten ausgeübten Drucks muß sie die rasche Verwirklichung einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR mit der D-Mark als gemeinsame Währung anstreben, wenn sie den Menschen in der DDR Hoffnung auf eine baldige Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse in ihrer Heimat geben will. Die Politiker haben den Plan zum schrittweisen Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion beiseite gelegt und damit eine neue Situation geschaffen.

Die Ökonomen - so auch der Kronberger Kreis ("Soziale Marktwirtschaft in der DDR - Währungsordnung und Investitionsbedingungen", Januar 1990) - waren sich aus guten Gründen weitgehend einig: Eine Währungsunion sollte nicht schon für morgen in Betracht gezogen werden. Allerdings auch nicht erst für einen sehr fernen Tag, aber doch wohl frühestens für übermorgen. Morgen sollten erst einmal die grundlegenden ordnungspolitischen Reformen der DDR-Wirtschaft beschlossen und in die Bewährung geschickt werden. Nun muß alles viel schneller gehen. Ohne Bewährungsphase muß mit den ordnungspolitischen Reformen zugleich über die Währungsunion entschieden werden.

Auf dieser Grundlage ist neu nachzudenken. Die Chancen und Risiken sind neu zu formulieren, über die Flankensicherung dieses Weges muß entschieden werden. Darauf sollten sich die Ökonomen jetzt konzentrieren. Sie sollten sich nicht dazu verleiten lassen, ihre

alten - guten - Argumente für eine Strategie des "eins nach dem anderen" nun zu einem Katastrophenszenario auszubauen. So sind Aussagen, daß eine alsbald geschaffene Währungsunion wider alle Verunft wäre, daß sie im gesamten Deutschland zu 4 1/2 bis 5 Millionen Arbeitslosen führe, weder richtig noch hilfreich. Am Problem vorbei geht auch das Argument, alle insbesondere von der deutschen Seite mit Nachdruck vorgebrachten guten Gründe gegen eine baldige Verwirklichung einer Europäischen Währungsunion müßten doch auch - und angesichts des desolaten Zustands der DDR-Wirtschaft gerade - gegen die hastige Etablierung einer deutsch/deutschen Währungsunion gelten. Man bedenke den Unterschied: Bei der Europäischen Währungsunion geht es um die Abschaffung der D-Mark, bei der deutsch/deutschen Währungsunion um deren Einführung in einen zusätzlichen Wirtschaftsraum.

Vorteile einer vorgezogenen Währungsunion

Die Verheißungen, die eine deutsch/deutsche Währungsunion enthält, sind eindrucksvoll:

- Die Wirtschaft der DDR erhielte auf einen Schlag gutes Geld. Alle Leistungsanreize würden gekräftigt. Alle in die Zukunft greifenden wirtschaftlichen Dispositionen erhielten eine solide Grundlage.
- Konvertibilitätsprobleme gäbe es nicht mehr. Das käme der Wirtschaft, dem einzelnen Bürger und nicht zuletzt auch auswärtigen Investoren zugute. Mit der Währungsunion entfielen ein

wesentlicher Teil der Investitionsrisiken.

- Eine zügige Freigabe der Preise vorausgesetzt, würde so das neue Preissystem der DDR sofort und zwanglos im Weltmarktpreissystem verankert und somit eine verlässliche Basis für rationales Wirtschaften gelegt.
- Unbeschwert von Rücksichten auf die Zahlungsbilanz könnte die DDR importieren, was sie zur Rationalisierung und Modernisierung ihrer Wirtschaft, zur Verbesserung der Kaufmöglichkeiten und damit der Lebenssituation ihrer Bürger braucht. Die (gesamtwirtschaftliche) Restriktion "Devisenknappheit" würde vollständig ersetzt durch die (einzelwirtschaftliche) Restriktion "Kreditwürdigkeit der Importeure", die auch sehr streng sein kann, aber zu rationalem Wirtschaften führt.
- Vermieden würde die Gefahr massiver und zumeist inflatorischer Koordinationsfehler, die einer orientierungslosen und von rasant ansteigender Importnachfrage bedrohten Volkswirtschaft vorherzusagen sind, wenn sie für ihre Währung keinen festen Wechselkurs hat. Hier geht es vor allem um Fehler, die von einer desorientierten Lohnpolitik drohen, die sich erfahrungsgemäß kaum davon abhalten läßt, inflatorische Impulse, die von außen kommen - wie im Falle einer Abwertung der Währung -, in eine Anpassungs-inflation umzusetzen.
- Das Problem des Kaufkraftüberhangs in der DDR würde

kleiner und leichter lösbar, geringer auch die Versuchung, es durch Inflation zu lösen.

Solche Perspektiven eröffnet keine andere der vorgeschlagenen Strategien. Sie sind ja auch nicht wegen größerer Vorteile, sondern aus Gründen der Risikominimierung entwickelt und ins Spiel gebracht worden. Die Strategie, die dem direkten Weg in eine Währungsunion am nächsten kommt, ist der *österreichische Weg*: Gutes Geld wird dadurch geschaffen, daß ein wohlerwogener Wechselkurs zwischen der Mark der DDR und der D-Mark festgelegt und von der gesamten Wirtschaftspolitik (Lohnpolitik, Finanzpolitik, Geldpolitik) konsequent verteidigt wird. Aber auch auf diesem Wege läßt sich die Glaubwürdigkeit, die zu gutem Geld gehört, nicht von heute auf morgen erreichen, zumal es sich bei der DDR um eine Volkswirtschaft handelt, die vor riesigen Aufgaben struktureller Erneuerung steht und deren Kredit deshalb ohnehin geschwächt ist. Hohe Zinsen, Fortdauer eines Teils der Konvertibilitätsbeschränkungen, verbleibende Unsicherheit hinsichtlich der dauerhaften Qualität des Geldes, die schwer auf den inneren und noch mehr auf den äußeren wirtschaftlichen Beziehungen der DDR lasten würde - all dies müßte selbst bei einer Entscheidung für den österreichischen Weg in Kauf genommen werden, der unter den alternativen Vorschlägen noch der stabilitätsfreundlichste ist und insoweit am ehesten neues Vertrauen in den Geldwert begründen könnte.

Der Vorteil einer alsbald errichteten Währungsunion zeigt sich auch bei der Bewältigung des Kaufkraftüberhangs. Hier geht es im wesentlichen darum, die Gefahr einer gesamtwirtschaftlichen Übernachfrage zu bannen, die

durch Auflösung eines größeren Teils der Sparguthaben in der DDR entstünde. Bei Übernahme der D-Mark als Währung der DDR entfielen das Motiv, in Furcht vor einer Entwertung aus dem Geldvermögen zu fliehen. Insoweit wird das Problem insgesamt kleiner. Zugleich wird es - soweit es fortbesteht - leichter lösbar. Einen Teil der Sparguthaben eine Zeitlang zu sperren - also den Umtausch in D-Mark zeitlich versetzt vorzunehmen - dürfte keine großen Akzeptanzprobleme aufwerfen, wenn der künftige Wert der gesperrten Beträge außer Zweifel steht.

Die Erleichterung beim Problem Kaufkraftüberhang mindert auch die Versuchung, es durch Entwertung zu lösen. Würden die Ersparnisse der Bürger der DDR durch die Festsetzung eines niedrigen Umtauschkurses von Mark der DDR in D-Mark rigoros zusammengestrichen, die davon ebenfalls zunächst betroffenen Löhne und Renten aber anschließend kräftig nach oben korrigiert, so wäre das eine Währungsreform. Zu den vielen schon erlebten Demütigungen für die Bürger in der DDR käme eine neue, besonders tiefe hinzu.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist zu bedenken. Die beste Lösung des Problems Kaufkraftüberhang liegt in der Privatisierung des Sachvermögens des Staates (Unternehmensanteile, Wohnungen). Diese Privatisierung ist zudem ordnungspolitisch und gesellschaftspolitisch geboten. Sie kann jedoch nicht erfolgreich sein, wenn die Bürger kaum noch über Geldvermögen verfügen, das sie in Sachvermögen umtauschen könnten, weil man es vorher entwertet hat. Die Summe der Sparguthaben in der DDR beträgt ca. 170 Mrd. Mark (Ost). Fünf zu eins umgestellt wären es 34 Mrd. D-Mark. Der größte Teil davon stünde kaum

für den Kauf staatlichen Sachvermögens zu Verfügung. Was dafür verbliebe, würde kaum ausreichen, das zu privatisierende Staatsvermögen in beträchtlichem Umfang Bürgern der DDR zukommen zu lassen, es sei denn, man verschleuderte es. Das aber würde für diejenigen den Skandal nur vergrößern, die aus wohlerwogenen Gründen ihr zusammengestrichenes Geldvermögen für andere Zwecke benötigen.

Gleiches gilt für die große Zahl von DDR-Bürgern, die möglichst bald eine selbständige Existenz aufbauen oder ihre noch vorhandenen Privatbetriebe ausbauen und modernisieren wollen. Ohne nennenswertes Eigenkapital wird ihnen das kaum möglich sein. Gewarnt sei deshalb auch vor der Idee, jedem, der ein paar Mark mehr gespart hat als der Durchschnitt, das Überdurchschnittliche doppelt und dreifach zuzustreichen. Das bringt wenig und schadet viel. Es würde letztlich nur jener gleichmacherischen Ideologie dienen, unter der die Bürger der DDR vierzig Jahre lang zu leiden hatten.

Die Risiken einer vorgezogenen Währungsunion.....

Allerdings läßt der direkte Weg in eine Währungsunion auch Besorgnisse aufkommen, die nicht von vornherein abgetan werden können. Dazu zählen die Befürchtungen,

- eine alsbald geschaffene Währungsunion schwäche die Anreize in der DDR, den Weg der ordnungspolitischen Reformen konsequent zu Ende zu gehen; nur das Wichtigste, aber eben doch nicht alles, lasse sich zusammen mit einer Währungsunion (und als Bedingung für sie) sofort auf den Weg bringen;

- der Wegfall von Zahlungsbilanzproblemen erlaube der DDR eine so starke, vor allem auf die Bundesrepublik zielende Importnachfrage, daß dadurch die hiesige konjunkturelle Stabilität in Gefahr gerate;
- eine Währungsunion erfordere zugleich eine Wirtschaftsunion, der die DDR-Wirtschaft vorläufig aber noch nicht gewachsen sei; im beschleunigten Strukturwandel werde die Schaffung neuer Arbeitsplätze hinter dem Wegfall alter Arbeitsplätze zunächst weit zurückbleiben; die Folge davon seien hohe Arbeitslosigkeit und Fortdauer der Abwanderung;
- die Bundesbank werde in die stabilitätspolitische Mitverantwortung für eine Volkswirtschaft gezogen, noch ehe diese in Ordnung gebracht sei; das gefährde ihre bisherige Stabilitätspolitik;
- die durch einen hastigen Zusammenschluß sich verschlimmernden Probleme der DDR-Wirtschaft würden der Bundesrepublik finanzielle Hilfen abverlangen, die weit über das hinausgehen, was bei einem allmählichen Zusammenwachsen erforderlich wäre; möglicherweise überstiegen sie sogar die Grenzen dessen, was die Wirtschaft der Bundesrepublik verkraften könne, ohne selber Schaden zu nehmen, und was der Bevölkerung der Bundesrepublik noch zuzumuten sei;
- eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordere zugleich eine Sozialunion; die dazu nötigen finanziellen Transfers aber würden die Bereitschaft der Bürger in der Bundesrepublik zur Solidarität vollends überfordern.

...sind beherrschbar

Angebot der Währungsunion verschärft Reformdruck

Richtig an den Einwänden ist, daß bei schneller Realisierung einer Währungsunion auch viele begleitende Maßnahmen schnell in die Tat umgesetzt werden müssen. Das Angebot einer Währungsunion wird sie erzwingen. Nicht richtig ist, daß wegen einer Währungsunion alles sofort ansteht, was auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschland unausweichlich erscheint. Im übrigen ist schwer auseinanderzuhalten, was wegen der Währungsunion und was wegen der sich offenbar rasant verschlechternden Lage der DDR-Wirtschaft schneller und zusätzlich geschehen muß.

Nötig sind allerdings, auch nach den Vorstellungen der Bundesregierung zur Währungsunion, umgehende Entscheidungen und Maßnahmen der DDR, die

- die angekündigte Gewerbefreiheit konsequent und rechtlich einwandfrei absichern,
- eine Eigentumsverfassung schaffen, die es Unternehmen jeder Art erlaubt, Produktionsmittel jeder Art zu erwerben,
- Preisfreiheit überall dort einführen, wo Wettbewerb möglich und wahrscheinlich ist,
- ein leistungs- und investitionsfreundliches Steuersystem installieren,
- volle Investitionsfreiheit garantieren, auch für Investoren von außen.

Und auch dies gehört ins Blickfeld: Ein Gewerkschaftsrecht, das staatliche Vormundschaftsrechte gros-

senteils auf die Gewerkschaften übertrüge, und ein Arbeitsrecht, das die Freiheit der Arbeitnehmer nicht mit einem fairen Maß an Selbstverantwortung verbände, stünden dem Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion entgegen.

Das ist nicht alles, was in den kommenden Monaten und Jahren reformiert werden muß. Sind aber die wichtigsten Grundentscheidungen gefallen, darf als hinreichend wahrscheinlich gelten, daß die Dynamik der Entwicklung den Reformprozeß weiter in die richtige Richtung treibt.

Vorkehrungen für eine Eindämmung der Kaufkraft treffen

Eine Währungsunion würde für die DDR das Zahlungsbilanzproblem beseitigen. Das Problem des Kaufkraftüberhangs in der DDR würde damit auf die gesamtdeutsche Ebene verlagert. Das würde der DDR den Anreiz nehmen, es selber zu lösen. Deshalb muß der Vertrag über eine Währungsunion eindeutige Festlegungen für eine Eindämmung der Kaufkraft enthalten. Aus den schon oben genannten Gründen sollte dies aber auch nicht schwer fallen.

Währungsunion nicht für Arbeitslosigkeit haftbar machen

Grundsätzlich ist richtig, daß Währungs- und Wirtschaftsunion einander bedingen. Doch auch dieser Zusammenhang kann ad absurdum geführt werden. Das gilt insbesondere für die vorschnelle Ableitung, die Währungsunion erfordere die Wirtschaftsunion, diese wiederum bedinge annähernd gleiche Löhne in beiden Teilen Deutschlands, während doch die westdeutschen Löhne der DDR-Wirtschaft nur bei Strafe extrem hoher Arbeitslosigkeit auf-

erlegt werden könnten. Nur der letzte Teil des Satzes trifft zu. Eine rasche Vollangleichung der DDR-Löhne an die bundesdeutschen müßte die DDR im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum für lange Zeit zu einer strukturschwachen Region machen. Gewerkschaften, die darauf drängten, würden in der Tat wider alle Vernunft handeln. Das wissen sie auch. Warum also sollte man ihnen solche Unvernunft unterstellen? Gewiß, hier liegt der neuralgische Punkt. Doch das Problem der Lohnangleichung stellt sich mit und ohne Währungsunion. Treibende Kraft ist etwas ganz anderes: die Abwanderungstendenz nämlich; sie übt den Druck in Richtung Lohnangleichung aus. Die Gewerkschaften spielen dabei eher die Rolle der Getriebenen als der Treiber. Die Währungsunion kann sogar helfen, den Druck zu mildern und dessen befürchtete Folgen zu vermeiden. Sie mildert ihn durch eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Erwartungen, die zum Bleiben anreizt. Sie hilft, die negativen Folgen zu vermeiden, indem sie - zusammen mit allen durch sie bedingten Begleitmaßnahmen - die Investitionsbedingungen rascher verbessert, als es ohne sie der Fall sein dürfte. Denn das steht fest: Investitionen zur Modernisierung und zum Umbau der DDR-Wirtschaft sind der einzige Weg, auch dieses zentralen Problems der vom Markt über den Abwanderungsdruck verlangten Reduktion der deutsch/deutschen Lohndifferenziale Herr zu werden. Eine Währungsunion dürfte hierbei spürbare Fortschritte ermöglichen. Sie dennoch für Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, die es zweifellos zunächst geben wird, hieße die Dinge auf den Kopf stellen.

Negative Beschäftigungsfolgen kann eine rasch geschaffene Währungsunion allerdings auf andere

Weise herbeiführen. Sie würde die Schritte in Richtung Wirtschaftsunion und Wettbewerb beschleunigen und damit zugleich die vielfältigen Formen außenwirtschaftlicher Abschirmung der heimischen Produktion schneller beseitigen als jeder Stufenplan. Das Ergebnis ist zunächst zweischneidig. Einerseits bringt die rasche Liberalisierung der Einfuhr - unbeschwert von Zahlungsbilanzrückichten - der DDR entscheidende, auf andere Weise vielleicht nicht mehr rechtzeitig erreichbare Chancen bei der Rationalisierung und Modernisierung der eigenen Erzeugung sowie bei der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen und damit Vorteile im Wettlauf mit der Zeit. Andererseits wird mit alledem für viele Betriebe in der DDR ganz erheblich die Frist verkürzt, in der sie ihre Produktion international wettbewerbsfähig machen müssen. Vermutlich werden nicht wenige dabei aufgeben müssen.

Noch einmal: Alles kommt darauf an, daß im Zuge der wirtschaftlichen Erneuerung der Nachfragesog nach Arbeitskräften rasch dominant wird. Mehr als genug zu tun gibt es für alle. Von daher wird die DDR ein Land bleiben, in dem die Arbeitskräfte knapp sind, und kein Land werden, in dem sie reichlich wären.

Währungsunion erfordert mehr Disziplin bei der Lohnpolitik

Mit einer Währungsunion automatisch verbunden ist der Verzicht auf Wechselkursänderungen. Über Bedeutung und Auswirkungen dieses Verzichts herrscht Konfusion. Verbreitet ist noch immer die Vorstellung, eine produktivitätsschwache Volkswirtschaft wie die DDR brauche die Möglichkeit der Wechselkursänderung als Instrument zur Korrektur von Fehlern beim relativen Kostenniveau, mit

dem sie im internationalen Wettbewerb zu bestehen hat.

Richtig ist selbstverständlich, daß - bei Übernahme der D-Mark als Währung der DDR - für den Umtausch von Geld, für die Umstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten, von Preisen und Löhnen ein Kurs gewählt werden muß, der, soweit irgend möglich, den internationalen Sektor der Wirtschaft - die exportierenden und die mit Importen konkurrierenden Bereiche - wettbewerbsfähig sein läßt. Löhne, Produktivität, Art und Qualität der erzeugten Güter spielen dabei die entscheidende Rolle. Vorsicht legt zudem nahe, eher einen zu niedrigen, als einen zu hohen Umstellungskurs zu wählen; denn Löhne lassen sich im Falle eines Irrtums eher erhöhen als senken. Was man aber nicht braucht, ist die Möglichkeit, später den Wechselkurs aus Gründen von Fehlern der Lohnpolitik zu ändern. Es ist Aufgabe der Lohnpolitik, die weitere Lohnentwicklung mit der Entwicklung der Produktivität und anderer Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu halten. Das überfordert sie nicht und ist in einem - vorläufig - produktivitätsschwachen Land auch nicht schwieriger als in einem produktivitätsstarken, das entsprechend höhere Löhne hat. Eher trifft das Gegenteil zu. Wegen der zu erwartenden kräftigen Produktivitätssteigerungen sind die Möglichkeiten zur Korrektur der Fehler, die der Lohnpolitik unterlaufen mögen, im Rahmen späterer Lohntarifverträge größer als anderwärts. Der Vorwurf, die Währungsunion schaffe eine untunliche Rigidität beim relativen Kostenniveau der Volkswirtschaft und verursache insoweit Arbeitslosigkeit, geht deshalb in die Irre. Damit wird sogar ein Vorteil in einen Nachteil verkehrt. Gibt es

keine Möglichkeit zur Wechselkursänderung, so hält sich die Lohnpolitik an ihre realen Spielräume. Gibt es sie, fühlt sich die Lohnpolitik frei, die Fehler zu beheben, die eine Wechselkursänderung dann zu heilen hat, unterstützt von einer expansiven Geldpolitik und also regelmäßig in inflatorischer Weise. Damit sollte man gar nicht erst anfangen.

Die Wahl des Umtauschkurses muß durch den Abwanderungsdruck mitbestimmt werden

Die gebotene Vorsicht - sprich Rücksichtnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit - bei der Wahl des Umstellungskurses darf nicht übertrieben werden. Aus den schon genannten Gründen ist jede vermeidbare Entwertung der Ersparnisse der Bürger der DDR auch wirklich zu vermeiden. Überdies ist zu bedenken: Die Möglichkeiten, um einer guten Wettbewerbsfähigkeit willen den Reallohn in der DDR durch einen niedrigen Umstellungskurs niedrig zu halten, sind sehr begrenzt. Der Reallohn, der in der DDR geboten werden muß, wird gegenwärtig nicht allein von der Wettbewerbsfähigkeit bestimmt; er muß auch den Abwanderungsdruck berücksichtigen. Ein Umstellungskurs, der dem nicht Rechnung trägt, nötigt dann alsbald zu einer auf Reallohnsicherung zielenden Lohnkorrektur. Schon bei einem Umstellungskurs von eins zu eins betragen die Nettolöhne in der DDR im Durchschnitt weniger als die Hälfte dessen, was in der Bundesrepublik verdient wird (brutto ein Drittel, einschließlich aller Lohnnebenkosten ein Viertel). Der Spielraum, diese Relation um der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Arbeitsplätze willen noch weiter zu senken, dürfte nicht groß sein. Das aber heißt: Ein Umstellungskurs deutlich unter eins zu eins würde

die Geldvermögen entwerten, ohne die Reallohnrelation merklich zu senken, weil anschließend die Löhne hochgesetzt werden müßten.

Währungsunion für die Bundesbank eine lösbare Aufgabe

Was die Rolle der Bundesbank in einer deutsch/deutschen Währungsunion angeht, so sind deren Probleme im Prinzip die geringsten. Es gilt für einen Währungsraum, der um eine in totem Umbruch befindliche Volkswirtschaft erweitert wird, den richtigen Pfad der Geldmengensteuerung zu finden. Das ist eine zwar schwierige, aber lösbare Aufgabe. Von daher sind die Sorgen unbegründet, die Bundesbank könne in einer Währungsunion ihren Auftrag, den Wert der D-Mark zu sichern, nur weniger gut erfüllen als bisher. Daß dies an den Kapitalmärkten der Welt allseits so gesehen wird, ist freilich nicht selbstverständlich. Die jüngste Zinssteigerung zeigt es. Robustheit bei der Frage hoher Zinsen wird die Bundesbank angesichts der schon erreichten Hochkonjunktur aber ohnehin zeigen müssen. Im übrigen ist unabdingbare Voraussetzung all dieser Überlegungen und des ganzen zur Währungsunion entwickelten Szenarios, daß die notwendigen Reformentscheidungen der DDR zur Überführung ihres bisherigen Wirtschaftssystems in eine funktionsfähige Marktwirtschaft alsbald getroffen werden.

Auf den Bewährungstest, der eigentlich erwünscht wäre, würde allerdings der Eile wegen verzichtet. Deshalb gilt das zuversichtliche Urteil auch nur dann, wenn sichergestellt wird, daß die Bundesbank in Bezug auf die DDR einen anderen Auftrag als den der Geldwertersicherung nicht hat. Eine wie auch

immer geartete Mitverantwortung für eine befriedigende wirtschaftliche Gesamtentwicklung in der DDR könnte die Bundesbank nicht übernehmen. Mehr - und auch nicht viel mehr - wäre allenfalls möglich, wenn man mit der Währungsunion wartete, bis die Reformpolitik in der DDR Erfolge zeigt - bis sie etwa eine selbstverantwortete volle Konvertibilität ihrer Währung vorzuweisen und eine Zeitlang durchgehalten hätte bei stabilem Wechselkurs (ein harter, aber verlässlicher Prüfstein).

Belastungen für die Bundesrepublik

Daß die Bundesrepublik für eine alsbald zu schaffende Währungsunion mit einer höheren Geldentwertung bezahlen müßte, trifft also nicht zu. Erhöhte Lasten, die auf sie zukämen, wären auch nicht brutto für netto erhöhte Lasten für den Staatshaushalt der Bundesrepublik, sondern teilweise direkt konjunkturelle Belastungen. Beim Staatshaushalt gäbe es sogar partiell Minderbelastungen, vergleicht man den jetzt geplanten Weg etwa mit einer Strategie, die den Bundeshaushalt mit einem größeren Zahlungsbilanzkredit zugunsten der Notenbank der DDR in Anspruch nähme, damit diese einen neu festzulegenden Wechselkurs der Mark der DDR glaubwürdig verteidigen könnte. Dieses Problem entfiel - wenn auch nicht ersatzlos. Was an exportseitig ungedeckten Importen der DDR nicht durch Devisenmarktinterventionen finanziert wird, hinter denen ein Kredit des Bundeshaushalts stünde, müßte nun durch zusätzlichen privaten Kapitalimport finanziert werden. Die Belastung des Kapitalmarkts, in erster Linie des westdeutschen, bliebe unverändert. Ein Teil der Belastungen (auch der konjunkturellen) würde aber an Drittländer

weitergegeben, direkt oder über Zinsanreize.

Höher ins Obligo muß der Bundeshaushalt vermutlich dennoch gehen - insbesondere um der Gefahr entgegenzuwirken, daß der Beschäftigung schaffende Teil des Strukturwandels in der DDR in Rückstand gerät. Dazu wird alsbald ein größerer Transfer öffentlichen Kapitals zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen erforderlich sein. Das läßt sich aber auch als eine Frage bloß der zeitlichen Verteilung unabweisbarer Infrastrukturhilfen werten. Zum Weg in die deutsche Einheit gehört die zunehmende gesamtdeutsche Verantwortung für eine ausgeglichene Ausstattung der Regionen mit Infrastruktur.

Die Sozialunion ist die größte Herausforderung

Daß früher oder später auch die Sozialunion dazu gehört, stellt neben der vom Abwanderungsdruck forcierten Tendenz zur Lohnangleichung die größte Herausforderung dar. Die Sozialunion wird für die Bundesrepublik das teuerste von allem. Die dafür in Kauf zu nehmende Transferbelastung halbwegs in Grenzen zu halten, ist der vielleicht wichtigste Grund für eine Strategie, die auch das wirtschaftliche Zusammen-

Fazit:

- Angesichts des Exodus von DDR-Bürgern hat die Bundesregierung keine andere Wahl als die rasche Verwirklichung einer Währungsunion. Auf dieser Grundlage sind die Chancen und Risiken neu zu bestimmen; über die Flankensicherung dieses Weges muß entschieden werden.
- Eine Währungsunion allein löst selbstverständlich nicht die realwirtschaftlichen Probleme der DDR. Sie läßt aber die DDR an einem Schatz teilhaben, mit dem sie wuchern kann.
- Durch das Angebot einer Währungsunion wird der Druck zu konsequenten ordnungspolitischen Reformen größer. Diese Reformen sind für einen Erfolg unabdingbar. Die Risiken hinsichtlich der Stabilitätspolitik der Bundesbank wären beherrschbar. Je schneller eine wirtschaftliche Erneuerung der DDR gelingt, um so geringer dürften für die Bundesrepublik die zu übernehmenden Lasten im Sozialbereich sein.

wachsen sich allmählich vollziehen lassen sollte. Massive wirtschaftliche Hilfe für die DDR, konzentriert auf die wirtschaftliche Er-

neuerung, so daß bald erhöhte Leistungskraft auch erhöhte Kraft zur Alimentierung verbesserter Sozialleistungen schafft - das war bisher die Idee. Man muß versuchen, davon so viel wie möglich zu bewahren. Soll die Kraft der Bundesrepublik zur finanziellen Hilfe nicht überfordert werden, soll die zur wirtschaftlichen Erneuerung der DDR unabdingbare Investitionshilfe nicht ungebührlich geschmälert werden, dann darf sich die Aufgabe, auch bei der Angleichung der Sozialleistungen zu helfen, nicht alsbald in den Vordergrund drängen. Andernfalls kommt man leicht in einen Teufelskreis. Freilich, auch hier gilt eine Umkehrung: Spannt man jetzt die Kraft zur Hilfe bei der wirtschaftlichen Erneuerung der DDR voll an, so kann sich dies als eine Investition erweisen, die ihre Erträge auch in der Minderung künftiger Transferlasten im Sozialbereich hat.

Zusammenfassend läßt sich sagen: So richtig es ist, daß eine Währungsunion allein die realwirtschaftlichen Probleme der DDR nicht löst, teilweise und temporär den Problemdruck sogar erhöhen kann, so richtig ist auch, daß die schlagartige Einführung guten Geldes die DDR an einem Schatz teilhaben läßt, mit dem sie wuchern kann.